

ANTRAG

der Fraktion der AfD

Für einen Strategiewechsel in der Corona-Politik: Lockdown beenden, Risikogruppen schützen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Seit dem letzten Sonderplenium des Landtages Mecklenburg-Vorpommern stagnieren bzw. sinken die täglich gemeldeten Neuinfektionen erfreulicherweise leicht.
2. Trotz eines auch deutschlandweit zu beobachtenden Trends eines Abflauens der Kurve, ergeht sich die Bund-Länder-Konferenz in immer härteren Maßnahmen. Die Beschlüsse entbehren jeder Grundlage wissenschaftlich sauberen Arbeitens, indem sie kritische Stimmen selbst renommierter Wissenschaftler außen vorlassen.
3. Die ständige Verlängerung und Verschärfung des Lockdowns erzeugen zunehmend eine Atmosphäre der Unsicherheit und Existenzangst bei der Bevölkerung. Bedeutende Teile werden allein über eine massive Staatsverschuldung am Leben gehalten. Die wirtschaftlichen, politischen, gesundheitlichen und gesellschaftlichen Folgeschäden werden billigend in Kauf genommen, um die Hilflosigkeit der politisch Handelnden zu kaschieren.
4. Die zugrunde liegenden Daten des LAGuS deuten darauf hin, dass der überwiegende Teil der Infizierten mit keinen oder leichten Symptomen durch eine Corona-Infektion kommt. Zudem liegt der Inzidenzwert bei der Altersgruppe der 80+-Jährigen am höchsten. Daraus lässt sich ableiten, dass dieser Gruppe der höchste Schutz zukommen muss, ein flächen-deckender Lockdown jedoch nicht gerechtfertigt ist.
5. Das proklamierte Ziel der Immunisierung durch Impfung ist kurzfristig nicht erreichbar. Nicht nur, dass der versprochene Impfplan durch einen Mangel an Impfstoff nicht eingehalten werden kann, auch die Auswahl der zu Impfenen ist verfassungsrechtlich bedenklich.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. Der Lockdown für die folgenden Einrichtungen ist sofort zu beenden:
 - a) Hotels, Pensionen, gastronomische Einrichtungen und Veranstaltungsstätten
 - b) Einrichtungen des Einzel- und Fachhandels, Dienstleistungsgeschäfte und -unternehmen
 - c) Einrichtungen des religiösen Lebens und Gotteshäuser
 - d) Theater, Konzerthäuser, Museen, Galerien, Ausstellungen, Bibliotheken und andere kulturelle Einrichtungen
 - e) Bildungseinrichtungen
 - f) Sportvereine, Sportstätten sowie Fitnessstudios
 - g) alle Dienstleistungsbetriebe für Körperpflege
 - h) Zoos und Tierparks.

Die Einhaltung der von diesen Branchen im Sommer 2020 erarbeiteten Hygienekonzepte ist obligatorisch und wird überwacht.

2. Die bereitgestellten Hilfsleistungen an die heimische Wirtschaft werden unverzüglich an die berechtigten Empfänger ausgezahlt. Sofern es sich um Bundeszuweisungen handelt, hat die Landesregierung entsprechend energisch auf die Weiterleitung der Gelder zu drängen und gegebenenfalls in Vorleistung zu gehen.
3. Die Landesregierung hat in Vorkasse zu gehen und zahlt den durch die Pandemie besonders belasteten Pflegekräften der Krankenhäuser in Mecklenburg-Vorpommern die vom Bund in Aussicht gestellte Corona-Prämie.
4. Vor allem ältere und besonders gefährdete Menschen gehören in den Fokus der Schutzmaßnahmen. Im Rahmen einer freiwilligen Selbstverpflichtung sollen landesweit bestimmte Einkaufszeiten für Ältere und Vorerkrankte im Lebensmittel- und Einzelhandel ermöglicht werden, damit sich diese Bürger keinem erhöhten Risiko einer Erkrankung aussetzen müssen. In Fitnessstudios, Friseurbetrieben, Kosmetikstudios und weiteren Einrichtungen der Körperpflege sollen ebenso gesonderte Zeiten für die genannten Gruppen gelten. Darüber hinaus müssen die verletzlichen Gruppen vor überfüllten öffentlichen Verkehrsmitteln geschützt werden. Eine Möglichkeit sind Taxi-Gutscheine, die den vulnerablen Gruppen kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.
5. Die Landesregierung wird angehalten, Diskussionen über Änderungen der Maßnahmen nicht mehr wie bisher im Nachgang der Bund-Länder-Konferenz im Landtag Mecklenburg-Vorpommern zu führen, sondern vorher. Die Praxis, das Parlament über Funk und Fernsehen zu informieren und sich anschließend die verabredeten Maßnahmen bestätigen zu lassen, ist untragbar. Sie unterminiert die Rolle und den Stand des Parlaments in der Demokratie und wird entschieden abgelehnt.

Nikolaus Kramer und Fraktion